



KOMMENTAR

Nicht nur fordern, jetzt auch mal etwas zurückgeben!

Von Jörg Radek, Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Bezirk Bundespolizei

In Europa der 1970er-Jahre kam es zu terroristischen Anschlägen; insbesondere in Spanien, Italien und Deutschland. Das ist kein Grund, sich zu beruhigen, aber doch ein Hinweis darauf, dass die aktuelle Situation nicht neu ist.

Neu ist, dass bei Selbstmordattentätern die Abschreckungslogik nicht funktioniert. Am 2. März 2011 wurden am Frankfurter Flughafen zwei amerikanische Soldaten erschossen. Anfang des Jahres überlebte ein Bundespolizist eine Messerattacke schwer verletzt. Drei Verletzte gab es außerdem im April bei einem Sprengstoffattentat auf einen Essener Sikh-Tempel. Im Sommer waren wir dann mit einer Serie von Gewalttaten konfrontiert: Würzburg – München – Reutlingen – Ansbach. Die zivile, offene Gesellschaft ist verwundbar.

Die Herausforderungen wurden von unseren Kolleginnen und Kollegen hervorragend bewältigt. Es gab kein Staats- und auch kein Organisationsversagen, weil die Leistungsträger besonnen und sorgfältig die Lage bewältigten.

Es wurde bewiesen, wie sehr Polizei gegenüber der Bevölkerung und im staatlichen Gesamttafeln einen wesentlichen Ordnungsfaktor darstellt. Auch die Sicherheitsbehörden in Deutschland sind Teil einer Verwaltung, die hierzulande funktioniert. Die Bewältigung der angesprochenen Lagen ist Beispiel dafür, dass trotz aller Überlastung solche Sofortlagen von der Polizei beherrscht werden.

Die Aufgabendichte und die Arbeitsmenge im Regeldienst sind ursächlich für unsere Überlastung. Inzwischen hat die Personalnot alle Dienststellen durchgesetzt. Mindeststärken sind nur noch Synonyme für Sinkfaktoren.

Jetzt schlägt die Stunde der Prioritätensetzung und der Flexibilisierung. Noch nie war die Not so groß.

Bisher mussten wir Personal immer selbst gewinnen. Neuorganisationen und Optimierungsprozesse mit ihrer Modernisierungs- und Projektbürokratie sind im Bewusstsein des „Schmerzgedächtnisses“ der Bundespolizei hinterlegt. Überstunden und Fehlzeiten aufgrund von Verletzung und Krankheit zeichnen ein klares Bild.

Die Mangelverwaltung der letzten Jahre muss beendet werden. Deshalb kann unsere Forderung demnach nur lauten: Erhöhung der Personalstärke!

Daran schließt sich die Frage an, ob unsere Polizistinnen und Polizisten für diesen Einsatz gut gerüstet sind? Oder fehlen ihnen etwa Magazine, Helme, Hubschrauber oder Schiffe?

Die Menschen in der Bundespolizei sorgen dafür, dass dieser Staat nicht versagt. Dies wird von ihnen erwartet. Sie sind Garanten für die Sicherheit. Sie gewähren innere Sicherheit.

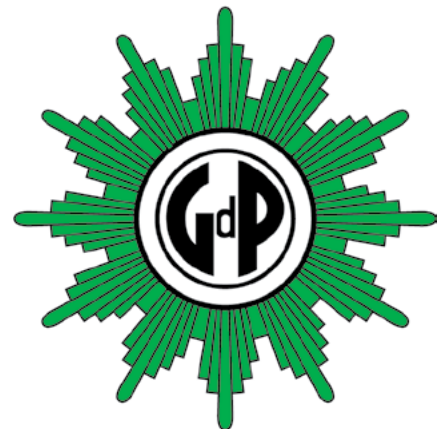
Doch längst leisten sie mehr, als von ihnen erwartet wird. Dies sollte gewürdigt werden. Die Gewerkschaft der Polizei fordert deshalb als Ausdruck der Wertschätzung für dieses Land und den



Foto: F. Radke

Staat, der diesem Land eine Ordnung geben soll, die Fortschreibung des begonnenen, aber nicht zu Ende geführten Hebungsprogramms.

Innere Sicherheit herzustellen ist die Aufgabe von Profis - also von uns. Die Menschen in der Bundespolizei garantieren, dass dieser Staat nicht versagt.



Anfang Juni 2016 tagte der Vorstand der Frauengruppe des Bezirks Bundespolizei der Gewerkschaft der Polizei (GdP) in Berlin. Die Bundestagsabgeordnete Susanne Mittag (SPD), Mitglied im Innenausschuss und selbst Polizistin, folgte einer Einladung der GdP-Frauen zu einer gemeinsamen Diskussionsrunde.

Schwerpunkte der Unterredung: das GdP-Konsolidierungsprogramm, der Bedarf an flexiblen lebensphasenorientierten Arbeitszeitkonten, die Haushaltsslage und die noch immer nicht vollumfänglich umgesetzte

Behebung der Strukturdefizite in der Bundespolizei.

DP: Liebe Erika, das Konsolidierungsprogramm hat viele Facetten, und es ist jetzt von besonderer Wichtigkeit, diese gewerkschaftlichen Vorstellungen in den parlamentarischen Raum zu tragen. Worauf lag die Konzentration bei der Erörterung mit Susanne Mittag und was verspricht du dir persönlich aus dieser Aussprache?

Erika Krause-Schöne: Ziel dieses Gesprächs mit Susanne Mittag war die nochmalige Sensibilisierung zu diesem umfangreichen Themenfeld. Hierbei wurde sehr wohl aufgezeigt, dass mit der Personalmehrung der 3000 Stellen lediglich das Personaldefizit – mit Stand 2008 – ausgeglichen wird. Im Koalitionsvertrag der Regierungsparteien für die bestehende Legislaturperiode hat sich die Bundesregierung selbst den Arbeitsauftrag gegeben, die Bundespolizei unter anderem personell zu stärken, besser auszustatten, Bereitschaftskräfte vorzuhalten und vieles mehr. Den beruflichen Alltag erleben die Kolleginnen und Kollegen aber anders, denn an der Basis sind kaum erkennbare Ergebnisse dieses selbst auferlegten Arbeitsauftrages der Bundesregierung zu spüren.

DP: Thema „Arbeitszeiten“: Wie sieht aus deiner Beurteilung der Bedarf an flexiblen lebensphasenorientierten Arbeitszeitkonten aus und wie ist der Stand der Verhandlungen dazu?

Erika Krause-Schöne: Ich weiß um das „Für und Wider“ zu dem Themenkomplex „flexible Arbeitszeitkonten“. Es gibt diverse Modelle in der Privatwirtschaft, aber auch in der öffentlichen Hand hierzu. Als GdP-Frauengruppe haben wir auf unserem Delegiertentag die Einführung von lebensphasenorientierten Arbeitszeitkonten gefordert und der Bedarf dazu ist weiterhin gegeben. Nur ein Beispiel: Wenn eine Betroffene oder ein Betroffener Arbeitszeiten durch unterschiedliche Einsätze „angesparrt“ hat und zu einem späteren Zeitpunkt aufgrund familiärer Gegebenheiten die Arbeitszeit verkürzen muss, kann dies mit so einem Konto ausgeglichen werden, ohne dass eine Teilzeittätigkeit – verbunden mit monetären Abzügen – beantragt wird. Die Gründe und Modelle sind so vielfältig, dass gerade mit dieser Art der „flexiblen Arbeitszeitkonten“ heutige Problemstellungen im konkreten Einzelfall einfacher zu klären wären und

wir einen weiteren Baustein zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf schaffen. Beim Bundesministerium des Innern wurde ein Modellprojekt mit einzelnen „Piloten“ zu Langzeitarbeitskonten mit engen Parametern eingeführt, aber die Behörde Bundespolizei sei angeblich hierfür nicht geeignet und wurde explizit ausgenommen bzw. grundsätzlich abgelehnt. Das ist der derzeitige Sachstand. Auf Ebene des Bezirkspersonalrates und des Bundespolizei-Hauptpersonalrates werden diesbezüglich weiterhin Gespräche und Verhandlungen geführt; Gleiches gilt zu unseren politischen Einflussmöglichkeiten. So unter anderem auch mit der Abgeordneten des Deutschen Bundestages, Susanne Mittag, da diese Sachstände im Konkreten nicht immer bei den Parlamentariern bekannt sind.

DP: Was verbirgt sich hinter dem gewerkschaftlichen Anspruch auf Entfristung der Stunden § 11 Bundespolizeibeamtengesetz (BPolBG) und § 88 Bundesbeamtengesetz (BBG) im Sinne unserer Kolleginnen und Kollegen und wie ist deine Einschätzung zu einer zeitnahen Umsetzung?

Erika Krause-Schöne: Die gesetzlichen Grundlagen zur Mehrarbeit beschreiben, dass „erwirtschaftete“ Stunden nach § 11 BPolBG innerhalb von drei Monaten ausgeglichen werden sollten und hierzu keine monetäre Auszahlung möglich ist. Und dass Zeiten, die nach § 88 BBG innerhalb von einem Jahr auszugleichen sind, hierzu aber auf Antrag eine monetäre Auszahlung möglich ist, wenn kein zeitgerechter Ausgleich erfolgen konnte. Die regelmäßige Verjährungsfrist beträgt grundsätzlich drei Jahre. Soweit erst einmal zur Rechtslage. Die Überstundenstände aus den diversen Einsätzen sind allen bekannt und eine fristgerechte Abgeltung mit den noch ausstehenden Einsatzlagen und Regeldienstaufgaben utopisch. Zwar können sich die Kolleginnen und Kollegen Stunden auf Antrag monetär vergüten lassen – und ich verweise auf eine entsprechende Verfügung unseres Bundespolizeipräsidiums –, aber diese Regelung ist zu hinterfragen. Unsere Frauen und Männer haben nämlich diese Arbeitsleistungen bzw. Dienstverrichtungen über das normale Maß an Arbeitszeit erbracht. Freizeit- und Erholungszeiträume waren nicht gegeben. Deshalb ist unsere Forderung die, dass diese mehr erbrachte Arbeitszeit wiederum in Freizeit ausgeglichen



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Bezirk Bundespolizei**

Geschäftsstelle:
Forststraße 3a,
40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-0
Telefax (02 11) 71 04-555

Redaktion:
Dr. Hartmut Kühn (V.i.S.d.P.)
Forststraße 3a,
40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-0
Telefax (02 11) 71 04-5 55
Internet: www.gdp-bundespolizei.de
E-Mail: info@gdp-bundespolizei.de
Martin Schmitt
Mobil (01 72) 8 99 05 23
E-Mail: schmitt-karlstein@freenet.de

Die Redaktion behält sich vor, LeserInnenbriefe gekürzt zu veröffentlichen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernehmen wir keine Gewähr. Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Nachdruck und Verwertung, ganz oder teilweise – auch in elektronischen Medien – nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion. Dies gilt auch für die Aufnahme in elektronische Datenbanken und Mailboxes sowie für Vervielfältigungen auf CD-ROM.

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZIELITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleucker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 38
vom 1. Januar 2016
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0949-2836



NACHGEFRAGT

werden soll. Und zwar in einer jeweiligen individuellen Lebensphase, um Zeit für Familie, Sport oder Freunde zu haben. Und somit sind wir wieder bei der Forderung der lebensphasenorientierten Arbeitszeitkonten ohne Verfristung. Ich persönlich gehe weiterhin optimistisch in die anstehenden Gespräche. Zu einer zeitnahen Umsetzung werde ich aufgrund meiner Erfahrung aus den Gesprächen mit dem Gegenüber als Mitglied des Bundespolizei-Hauptpersonalrats keine Angaben machen.

DP: Strukturdefizite sind in der Bundespolizei immer noch vorhanden. Eine vollumfängliche Beseitigung lässt auf sich warten. Nicht nur nach Auffassung der GdP-Frauengruppe müssen Personalmehrungen im Vollzugsbereich immer auch mit mehr Personal im Tarif- und Verwaltungsbereich sowie einer besseren Sachmittelausstattung einhergehen. Wie sehen eure Vorstellungen aus, um dauerhafte Verbesserungen auf diesem Terrain zu erzielen?

Erika Krause-Schöne: Diese Vorstellungen wurden durch den GdP-Bezirk Bundespolizei in seinem Konsolidierungsprogramm eindeutig benannt. Zum Haushaltsentwurf 2017 zeigten wir der Abgeordneten Susanne Mittag ein Beispiel auf: Um perspektivisch die „Zentralen Bearbeitungsstellen für Fahrgastdelikte“ mit entsprechenden Personal ausstatten zu können, ist es zwingend notwendig, die jetzigen Stellen unserer Bundespolizeiunterstützungskräfte, die künftig wegfallen sollen, also mit einem sogenannten „kw-Vermerk“ versehen sind, zu entfristen. Nur dann kann nach Ausscheiden des jeweiligen Stelleninhabers eine Neueinstellung erfolgen. Jetzt ist es so, dass durch den „kw-Vermerk“ die Stelle mit Ausscheiden des Inhabers wegfällt und nicht nachbesetzt werden kann. Jeder weiß darum, dass die Arbeitsaufträge bleiben und wer diese dann zu bewältigen hat. Der Haushalt bestimmt nämlich die Anzahl und Unterlegung unserer Stellen im Vollzugs-, Verwaltungs- und Tarifbereich.

DP: Zu den besonderen finanziellen Belastungen unserer Beschäftigten in Hochpreisregionen fand ebenfalls mit der Parlamentarierin Mittag ein Meinungsaustausch statt. Gibt es positive Signale zu unseren Vorstellungen eines Kaufkraftausgleichs?

Erika Krause-Schöne: Dazu gab es im Gespräch viele Übereinstimmungen, aber auch ein weiteres Erörte-

rungsbedürfnis wurde festgestellt. Es wurde nämlich nochmals auf den Unterschied zwischen den Hochpreisregionen und den Ballungsräumen hingewiesen, was sich extrem in den Mietpreisen widerspiegelt. So wurde dargelegt, dass es keine Bundeswohnungen bzw. -mietangebote speziell für Bundesbedienstete gibt. Ebenfalls wurde die Schaffung von Wohnheimplätzen, insbesondere für die jungen Kolleginnen und Kollegen, beispielhaft angesprochen. Die Forderung der GdP, dass ein Ausgleich für die hohen Lebenshaltungskosten in Hochpreisregionen an alle Beschäftigungsgruppen zu zahlen ist, ist im parlamentarischen Raum „angekommen“. Auch hier zeigte sich, wie wichtig und notwendig ein intensiver Austausch zu den Realitäten vor Ort mit den Parlamentariern ist.

DP: Eure Beratungen befassten sich auch mit frauengerechter Einsatzbekleidung. Wie sind eure Vorstellungen hierzu?

Erika Krause-Schöne: Dies ist ein seit Jahren andauernder Prozess. Gemeinsam mit den in der GdP organisierten Gleichstellungsbeauftragten



Nichts ist umsonst und jeder Einsatz lohnt sich, wie beispielsweise das Engagement von Erika Krause-Schöne (links) und ihren Mitstreiterinnen im Dialog mit Susanne Mittag (rechts). Foto: M. Zielasko

haben wir hierzu einen regen Austausch und bringen dies konkret in die jeweilige Gremienarbeit mit ein. Sehr oft sind es Kleinigkeiten, wie zum Beispiel zum Tragekomfort der Uniform bzw. der Ausrüstung, die wir in gemeinsamer Arbeit verändern konnten und die beiden Geschlechtern zugute kommt. Ich denke da nur an die „Pinkelnde Petra“ als Kunstobjekt und die GdP-Forderung nach Toilettenkraftwagen (Toi-KW) für den Einsatz. Jetzt ist ein Toi-KW für die Bundespolizei beschafft worden. Dies zeigt, dass die ausdauernde Arbeit der GdP-Kolleginnen und Kollegen gemeinsam vor Ort und in den unterschiedlichsten Gremien auf allen Ebenen zum Erfolg führt.

DP: Liebe Erika, wir danken dir für dieses Gespräch.

NACHRUF

Tief betroffen nehmen wir Abschied von unserem Kollegen

Jürgen Raatz

der am 2. August 2016 im Alter von 57 Jahren nach langer schwerer Krankheit verstarb. Wir trauern um einen beliebten, hoch geschätzten sowie anerkannten Kollegen, der Angehöriger der Bundespolizei See war und seinen Dienst im Maritimen Schulungs- und Trainingszentrum versah. Über viele Jahre war er für unsere GdP sowie in Personalräten und der Schwerbehindertenvertretung tätig. Unser tiefes Mitgefühl gilt seiner Frau, seinen Töchtern und Enkelkindern.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren

**Dirk Stooß – für die GdP-Direktionsgruppe Küste
Thomas Wulff – für die GdP-Kreisgruppe Kiel**



Größter GdP-Erfolg für unsere Tarifbeschäftigten

2866 Tarifbeschäftigte können höhergruppiert werden!

In nur zwei Jahren schaffte es die Gewerkschaft der Polizei (GdP), die Bewertungsstruktur der Tarifbeschäftigten in der Bundespolizei geradezu zu revolutionieren. Zwei große Schritte in nur zwei Jahren: ein toller Gewerkschaftserfolg für unsere Mitglieder bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

1. Erfolgsschritt:

Die GdP schaffte es zum einen, dass im Bundeshaushaltsgesetz 2016 insgesamt 1033 Stellen für Tarifbeschäftigte von der Entgeltgruppe 3 in die Entgeltgruppe 5 überführt wurden. Damit können seit dem 1. Januar 2016 für über 1000 Tarifbeschäftigte neue Tätigkeitsbeschreibungen mit höherwertigen Tätigkeiten erstellt und diese Kolleginnen und Kollegen höhergruppiert werden.

2. Erfolgsschritt:

Zum 1. Januar 2017 werden nun weitere 1833 Stellen für Tarifbeschäftigte in eine höhere Entgeltgruppe gehoben; dies ist im Gesetzentwurf der Bundesregierung zum Bundeshaushaltsgesetz 2017 verankert. Diese Stellenhebungen sind ein Erfolg des von uns für unsere

GdP-Mitglieder erkämpften Tarifvertrags; – er beinhaltet die neue Entgeltordnung. Die daraus folgenden Höhergruppierungen können rückwirkend zum 1. Januar 2014 erfolgen. Damit schafften wir als GdP es, durch unseren Tarifvertrag und unseren Einfluss auf die Haushaltsgesetzgebung, die Bewertungsstruktur der Tarifbeschäftigten grundlegend zu verbessern. Wir sind angetreten mit unserem formulierten Gewerkschaftsziel: „Attraktivität für alle!“, und haben Wort gehalten.

Nach den durchgreifenden Beförderungsverbesserungen für die Verwaltungsbeamten haben wir nun auch die Verbesserungen für die Tarifbeschäftigten realisiert.

Die Behörden sind nun aufgerufen, wo nötig, die Tätigkeitsdarstellungen „nach oben“ anzupassen, um die Hebungen der Stellen in Höhergruppierungen umzusetzen. Dies kann und muss gerade bei den bisher zu niedrig eingruppierten Verwaltungsfachangestellten dazu führen, dass auch mit Verwaltungsaufgaben betraute Vollzugsbeamte für den „Operativdienst“ wieder freigesetzt werden können.

Was ist für unsere Mitglieder nun zu tun?

1. Alle diejenigen, denen aufgrund der Einführung der Entgeltordnung eine höhere Eingruppierung zu-

steht, sind in diese rückwirkend zum 1. Januar 2014 von Amts wegen eingruppiert, auch wenn die für die Bezahlung nötigen Haushaltsstellen erst mit dem Bundeshaushaltsgesetz 2017 zur Verfügung stehen. Die bisher vorläufige Eingruppierung wandelte sich mit Inkrafttreten des Tarifvertrags Entgeltordnung Bund (TV EntgO Bund) in eine endgültige Eingruppierung. Eine neue, höhere Eingruppierung als die vorläufig festgelegte, war indes bis zum 31. Dezember 2014 (verlängert bis 30. Juni 2015) vom Beschäftigten zu beantragen. Hier sollten ggf. Nachfrage bei den Personalstellen gehalten werden, wann dies umgesetzt wird.

2. Alle diejenigen, die wegen ihrer Tätigkeitsdarstellung auch nach der Entgeltordnung nur in Entgeltgruppe 3 eingruppiert sind, sollten schriftlich ihre Arbeitsplatzüberprüfung unter Ausbringung höherwertiger Tätigkeitsmerkmale und Eingruppierung in die Entgeltgruppe 5 verlangen. Die entsprechenden Haushaltsmittel für eine Eingruppierung in Entgeltgruppe 5 sind der Bundespolizei bereits seit dem 1. Januar 2016 zugewiesen.

Die GdP-Personalräte unterstützen dabei gerne und stehen mit Rat und Tat zur Seite. Die Personalräte haben über die Eingruppierung mitzubestimmen.

KEIN LAND IN SICHT

Ich will nicht klagen ... oder doch?

Ich sitze an meinen Schreibtisch und überlege, zu welchem Thema ich im Zoll schreiben soll. Sofort schießen mir unzählige flüchtige Gedanken durch den Kopf. Im Zoll gibt es nämlich viele Probleme. Viel zu viele.

Fangen wir an: Nein, der Zoll ist nicht Partner der Wirtschaft, so sehr er es auch behauptet und in Werbekam-

pagnen an diesem Image feilt. Kunden hat er auch nicht. Wie auch - mit seinen Befugnissen als Eingriffsverwaltung mit Steuer- und Polizeiaufgaben. Auch die erheblichen beamten-, besoldungs- und laufbahnrechtlichen Benachteiligungen zwischen den Vollzugsbeamten des Bundes bei der Polizei und beim Zoll könnten ein Thema sein. Sie allein sind himmelschreiend. Dann noch die große Ungerechtigkeit bei der

Zahlung der Polizeizulage. Ach ja: Da fallen mir die mangelnden Aufstiegsmöglichkeiten und das fehlende Personalentwicklungskonzept ein.

Die neue Uniform mit all ihren Problemen wäre auch als Thema geeignet, unzählige Seiten zu füllen, oder soll ich besser Dienstkleidung sagen, weil viele Unkundige im Zoll in dieser albernen semantischen Differenzierung der Begriffe „Uniform“ und „Dienstklei-



KEIN LAND IN SICHT

dung“ ganze fehlgeleitete Ideologien verstecken.

Aus diesen Ideologien rühren wahrscheinlich auch die Sorgen und Bedenken, bei einigen gar Nöte, im Zusammenhang mit der Bewaffnung des Zolls und der Ausrüstung mit weiteren polizeitypischen Führungs- und Einsatzmitteln. Mangelnde gesetzliche und organisatorische Regelungen im Zusammenhang mit der Eigensicherung, der Eilzuständigkeit und der weiteren Unterstützung der Polizeibehörden des Bundes und der Länder könnten einen interessanten Ansatz für einen Artikel bieten. Zumal der Zoll gerne die Polizei im Alltag und häufig täglich benutzt, dann aber selten bis gar nicht ihr bei ihren alltäglichen Aufgaben zur Seite stehen will. Aber auch die erheblichen Personaldefizite, die in die Tausende gehen und nahezu alle Bereiche der Zollverwaltung erfassen, sind erwähnenswert, geschweige denn die ab dem Jahr 2020 zu erwartenden Altersabgänge der einstellungstarken Jahrgänge der 70er-Jahre. Dieser Entwicklung steht eine völlig untaugliche Politik der Nachwuchsgewinnung entgegen. Weder Einstellungszahlen noch Ausbildungskapazitäten entsprechen dem Bedarf; – von der Attraktivität und Konkurrenzfähigkeit der maroden Zollverwaltung am Markt der Berufsanfänger ganz zu schweigen.

Ein wenig durchdachtes IT-Konzept des Zolls hat auch seinen Reiz zum Bericht. Der Zoll kann an keiner zentralen Stelle systemgestützt erkennen, ob, wer, gegen wen, wann, wo und wes-

wegen ermittelt. Kompatibilität der Systeme ist nicht mit der internen Zollwelt kompatibel. Das Trauerspiel um Digitalfunkzentralen, Lagedienste und -zentren, Befehlsstellen und Meldewege könnte ganze Fachzeitungen füllen.

Die „Qualität“ der Servicedienste haben vor allem die Kolleginnen und Kollegen erlebt, die das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und die Bundespolizei engagiert unterstützen. Die strukturellen und organisatorischen Schwächen ganzer Behördenzweige, wie Finanzkontrolle Schwarzarbeit, Zollfahndung, Kontrolleinheiten, Kfz-Steuerstellen und vieles mehr wären einen eigenen Artikel wert. Ein weiterer Artikel müsste zur Aufbauorganisation mit ihrer 7000 Beschäftigte starken Generalzolldirektion geschrieben werden, die die übrigen 33 000 in der Fläche in ihren 51 Ortsbehörden „kommandiert“. Und immer wieder fallen mir die bemerkenswerten Qualifikationen der höheren Führungskräfte ein. Schneidige und kompetente Polizeiführer und -führerinnen, bei denen die Einsatzkräfte sich gut aufgehoben fühlen, sind hier selten, viel zu selten. Stattdessen Bedenkenträger und Partner der Wirtschaft zuhau. Und wenn ich mir die unbefriedigende Rechtslage im Zoll anschau, sehe ich viel zu tun für die Damen und Herren der Jurisprudenz. Bis heute klagen die Vollzugsbeamten im Zoll darüber, dass ihr vollzugspolizeiliches Aufgaben- und Befugnis-



Unser Autor, Frank Buckenhofer, wirbt als stellvertretender Vorsitzender des GdP-Bezirks Bundespolizei und Vorsitzender der GdP-Bezirksgruppe Zoll mit „seinem“ Team unermüdlich für Verbesserungen im Zoll. Es geht im Kern um Verbesserungen der Arbeitsbedingungen, schlanke Hierarchien, Arbeitsschutz sowie Arbeitssicherheit, Personalentwicklung und damit letztendlich um eine größere Berufszufriedenheit. Die Zustandsbeschreibung fällt eher nüchtern aus. Foto: GdP

portfolio sich als undurchsichtige „Patchworkgesetzgebung“ darstellt. Trotz hunderter Juristen ist hier kein Land in Sicht. **Kein Land in Sicht? - Das ist vielleicht ein gutes Schlusswort. Ich stelle nämlich fest, die Spalten sind schon wieder gefüllt.**

ERFOLGREICH

GdP-Kollegin belegte den 1. Platz beim 6. Blaulichtlauf in Gelsenkirchen.

Beim 6. Blaulichtlauf in Gelsenkirchen trat auch in diesem Jahr wieder ein starkes Team der Gewerkschaft der Polizei (GdP) aus der Bundespolizeiabteilung Sankt Augustin an. Organisiert wurde der Lauf durch die 16. BPH aus Gelsenkirchen, also unseren Kolleginnen und Kollegen aus Nordrhein-Westfalen. Neben den Distanzen von fünf und zehn Kilometern konnte auch ein Halbmarathon gelaufen werden. Die Laufstrecken führten unter anderem auch um die Veltins-Arena auf Schalke. Trotz anfänglich bedecktem Himmel klarte es passend zum Start wieder auf und

bescherte den Teilnehmerinnen und Teilnehmern optimale Bedingungen. Besonders hervorzuheben ist die starke Leistung unserer GdP-Kollegin Esther Brett. Sie gewann den Zehn-Kilometer-Lauf der Frauen in einer grandiosen Zeit von 44.29 Minuten.

Wir gratulieren nochmals auf diesem Weg zu dieser tollen Leistung. Anschließend wurden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Sankt Augustin (Foto) mit einem Erfrischungsgetränk und einer Bratwurst durch die GdP-Kreisgruppe Sankt Augustin versorgt. Der gesamte Erlös des Blaulichtlaufs geht in diesem Jahr an ein Kinderhospiz in Gelsenkirchen.

MB



Foto: GdP



NACHGEFRAGT

Der Schwulen- und Lesbenbewegung gelang es in den vergangenen Jahren, Vorurteile abzubauen und ein stärkeres Selbstbewusstsein bei homosexuellen und transsexuellen Menschen aufzubauen. Damit wurden Grenzen überwunden, Homosexuelle und Transsexuelle kommen in der Mitte der Gesellschaft an. Die Ansprechpartner für gleichgeschlechtliche Lebensweisen (AgL) in der Bundespolizei engagieren sich genau auch auf diesem Terrain.



Es geht darum, sich einerseits mit unkonventionellen Mitteln in gesellschaftspolitische Themen einzumischen, andererseits Präsenz zu zeigen. Unsere AgL in der hessischen Polizei sowie der Bundespolizei tun dies. Unser Gesprächspartner Dieter Fuhrmann (rechts im Bild) gehört dazu. Foto: A. Langlotz

Unser Vertrauensmann der Direktionsgruppe Frankfurt/Main Flughafen der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Dieter Fuhrmann, ist einer von ihnen. Er war bereits als AgL zum dritten Mal beim Christopher Street Day (CSD) in Frankfurt am Main – gemeinsam mit unseren Kolleginnen und Kollegen der Landespolizei Hessen – vor Ort. Wir wollten hierzu Näheres erfahren.

DP: „Auf Wiedersehen in 2017 – 25 Jahre CSD – für Respekt und Vielfalt in Frankfurt“, so der Opener auf der Homepage csd-frankfurt.de. Woraus speist sich deine Motivation für diese Arbeit und werden wir dich beim 25-jährigen Jubiläum des CSD in Frankfurt am Main wiederum antreffen?

Dieter Fuhrmann: Für alle Menschen, die für die Anerkennung vielfältiger Lebens- und Partnerschaften kämpfen, ist es stets ein emotionaler Moment, wenn die Regenbogenflagge am CSD auf dem Römerberg in Frankfurt gehisst wird. Die Teilnahme der Bundespolizei stellt eine große Bereicherung dar, gilt es doch, der Öffentlichkeit zu zeigen, dass wir uns auch diesem Thema angenommen haben und wir keine Art von Diskriminierung dulden. Die zentrale Botschaft lautet: Wir sind offen, tolerant und vielfältig. Wenn man bedenkt, dass der „Schwulenparagraf“ 175 des Strafgesetzbuches erst 1994 abgeschafft wurde und die Polizei, die früher für die Strafverfolgung auch zu diesem Paragrafen zuständig war, heute auf dem CSD für die homosexuelle Gleichstellung einsteht, dann ist das ein unglaublicher Wertewandel. Und ja, ich werde auch wieder mit Unterstützung der Behördenleitung am CSD 2017 teilnehmen; vielleicht sogar mit einem eigenen Stand und mit Kolleginnen und Kollegen, die mich dabei unterstützen. Anfragen hierzu habe ich schon.

DP: Wo siehst du Stärken und wo sind noch Schwächen in unserer Arbeitswelt zu diesen Themenfeldern vorhanden?

Dieter Fuhrmann: Die enge Vernetzung aller, die sich mit diesen Themen auseinandersetzen, führt dazu, dass man schnell Antworten findet und so zu Lösungen, wie etwa auf dem Gebiet der Gewaltprävention, kommt. Dazu dient auch meine Mitarbeit im Präventionsrat der Stadt Frankfurt, wo ebenfalls viele dieser Organisationen, wie etwa das Amt für multikulturelle Angelegenheiten, Broken Rainbow und weitere andere vertreten sind. Daraus ist auch die Plakataktion „Keine Gewalt gegen Lesben und Schwule“, die in elf Sprachen in allen hessischen Flüchtlingsunterkünften und vielen Polizeidienststellen gemacht wurde, entstanden. Es gibt bei der Bundespolizei nur acht Ansprechpartner und es ist notwendig, weitere Ansprechpartner zu bestellen. Auch wäre es gut, wenn sich die AgL bei den Dienstanfängern vielleicht im Rahmen des berufsethischen Unterrichtes vorstellen könnten. Im Bereich der Bundespolizei-

direktion München wurde dieses schon gemacht und ist sehr gut angekommen. Gerade für die jungen Menschen wäre es gut, ein solches Angebot zu machen.

DP: Welche Schwerpunkte hast du dir für deine zukünftige Arbeit vorgenommen?

Dieter Fuhrmann: Sexuelle Identität ist niemals nur Privatsache, sondern wird ganz unbewusst in die Arbeitswelt integriert. Wer nicht offen leben kann oder will, baut sich schnell fiktive Lügengeschichten auf. Der Freund wird zur Freundin und umgekehrt. Diese Lügenkonstrukte führen jedoch zu Verwirrungen und Missverständnissen und möglicherweise zu psychischen Schäden. Ein aufgeschlossener Umgang am Arbeitsplatz mit diesem Thema ist wichtig; er schafft Toleranz und motiviert. Wir AgL wollen uns in der Öffentlichkeit weiter bekannt machen, Vorurteile abbauen und Aufklärung betreiben. Grundsätzlich stehen wir für alle Fragen zur Verfügung, die sich mit Diskriminierung und Gewalt gegen Lesben, Schwule und Transgender beschäftigen. Das ist wichtig. Niemand muss sich Beleidigungen gefallen lassen. Beschimpfungen ganz gleicher welcher Art und Intention muss man nicht ertragen oder hinnehmen. Wir bieten aber auch Hilfe bei Fragen zum Familienzuschlag, Outing oder zur Wohnungssuche.

DP: Niemand darf für seine sexuelle Ausrichtung diskriminiert werden. An welche Grenzen bist du bereits persönlich gestoßen bzw. wie sehen deine „Überwindungsstrategien“ als Überzeugungsarbeit aus?

Dieter Fuhrmann: Es gab eine Zeit in meinem Leben, in der ich nicht sein durfte, was ich eigentlich war. Heute ist alles klar, doch damals, als ich noch jung war, „tickten“ die Uhren anders. Damals hatten Männer ausschließlich Frauen zu lieben. Heiraten gehörte einfach dazu; auch bei mir. Doch zum Erwachsenwerden gehört eben auch, sich selbst zu finden. Als mir klar war, dass ich auf Männer stehe, habe ich die Scheidung eingereicht. Im Urteil habe ich die Gründe geschwärzt, weil ich es ja auch auf der Dienststelle abgeben musste und natürlich niemand wissen sollte, was mit mir los ist. Heute bin ich seit über 30 Jahren mit meinem Mann zusammen und wir leben wie in jeder Hete-



NACHGEFRAGT

ro-Beziehung auch mit allen Höhen und Tiefen. Ich kann nur dazu raten, offen zu leben, sich nicht zu verstecken, weil das auch erpressbar macht. Eine hohe Führungskraft eines DAX-Unternehmens sagte nach seinem Outing: „Ich bin überrascht, wie angenehm das Leben seitdem ist.“

DP: Persönlich, dienstlich und gesellschaftspolitisch hast du drei Wünsche frei ... Los geht's.

Dieter Fuhrmann: Natürlich steht für mich persönlich die Gesundheit an erster Stelle, denn ich hatte leider schon einige ernsthafte Erkrankungen. Zum dienstlichen wünsche ich mir für alle Kolleginnen und Kollegen gerechte Bezahlungsstrukturen; auch das Finanzielle trägt zu einem guten und selbstbestimmten Leben bei. Und ich hoffe für die ganze LGBT-Community,

also für Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender, dass bisher erungene Rechte und Akzeptanz nicht wieder verloren gehen und man zur Zielscheibe menschenverachtender Gruppierungen wird. Der Terroranschlag auf die Diskothek in Orlando ist ein schlimmer Beleg dafür.

DP: Lieber Dieter, wir danken dir für dieses Gespräch.

FINANZHAUSHALT AU HASARD

Das schöne altfranzösische Wort „hasard“ steht für „Würfelspiel“. Es fand auch Eingang in Synonyme, wenn jemand unkalkulierbare hohe Risiken eingeht und dabei seine Sicherheit lieber einem wohlgesonnenen Schicksal überantwortet. Es könnte auch für die Haushaltspolitik in Bezug auf die Bundespolizei gelten.

Denn mindestens seit 2014 wird das gleiche Würfelspiel gespielt: Die Bundespolizeiführung stellt „maßvolle“, d. h. ohnehin zu niedrige Mehrforderungen für Personal und Sachausstattung, um den Polizeiauftrag zu erfüllen, das Bundesinnenministerium streicht diese zusammen (sattelt aber gelegentlich noch Zusatzaufgaben drauf), anschließend kürzt das Bundesfinanzministerium nochmals. Zum so verbliebenen bescheidenen Rest heben dann die Mitglieder des Bundeskabinetts die Hand und verabschieden – am tatsächlichen Sicherheitsbedarf vorbei – ihren Regierungsentwurf zum Bundeshaushaltsgesetz. Dessen Druckschwärze ist noch nicht einmal trocken, da verkündet entweder der Finanzminister oder wahlweise der Innenminister, dass der eigene Beschluss schon wieder irgendwie doch nur Makulatur sei; man werde – Regierungsbeschluss hin oder her – nun im parlamentarischen Verfahren alles daran setzen, den eigenen Haushaltsansatz aufzuheben, d. h. verbessern zu lassen. Diese politischen Selbstüberholungen nennen sich dann „Sicherheitspakete“ oder so ähnlich ...

Leider weiß am Anfang niemand so genau, was bei diesem Spiel „Ich überwürfele“ meine eigene Haus-

haltsforderung“ am Ende dann herauskommt.

Vieles dem Zufall geschuldet

Im letzten Jahr hatten die Tarifbeschäftigten Glück: Die Parlamentarier folgten der Forderung der Gewerkschaft der Polizei (GdP) zu 1033 Hebungen der niedrigsten Entgeltgruppen. So wird mit den jetzt für 2017 beabsichtigten weiteren Anhebungen von Entgeltgruppen – dank unseres Tarifvertrages – die Bewertungsstruktur für Arbeitnehmer der Bundespolizei revolutioniert und auf die Höhe der Zeit gebracht – was der Bundesinnenminister gar nicht gewollt hatte.

Glück hatten auch eine große Zahl von „Alt-POM“ und anderen Beförderungswartenden, dass die Abgeordneten beschlossen, nicht nur dreimal jährlich 1000 Zusatzstellen für Vollzug und Verwaltung einzurichten, sondern diese auch mit Beförderungsplanstellen zu unterlegen; auch das hatte die Regierung nicht gefordert.

Pech haben nun in diesem Jahr bisher die Bahnpolizisten und die Grenzpolizei. Denn der abgespeckte Regierungsentwurf zum Haushaltsgesetz hat die Forderungen der Bundespolizei radikal „rasiert“. Ohnehin war ein „Attraktivitätsprogramm“ nur für die Spitze in Form der Anhebung der Präsidentenstellen vorgesehen. Die überfällige weitere Stellenhebung vom mittleren in den gehobenen Dienst war ebenso wenig angedacht, wie die dringend notwendige und auch mögliche Erhöhung der Zahl der A11er-, A12er- und A13er-Planstellen.

Aber auch die selbstbescheidenen Forderungen aus Potsdam zur



GdP-Vize Sven Hüber (52) wirbt um politisches Vertrauen in unsere Eckpunkte eines Konsolidierungsprogramms für die Bundespolizei.

Foto: GdP

Verbesserung der Sicherheitslage fanden beim Finanzminister und den anderen keine Gnade. Von 350 Mehrforderungen für die Flughäfen blieben Null übrig, auch 240 geforderte Zusatzstellen für die Aus- und Fortbildung wurden mit der Folge des weiteren Personalabzuges aus den „Operativdiensten“ auf Null gesetzt. Die Mehrforderung der Bundespolizei nach 300 Bahnpolizisten schrumpfte am Kabinetttisch auf 100 zusammen.

Doch es war seither noch nicht einmal wieder Vollmond gewesen, da wurde der gerade beschlossene Haushaltsentwurf schon wieder zum „Irgendwie nicht so gemeint ...“ erklärt und weitere Zusatzstel-

Fortsetzung auf Seite 8



Fortsetzung von Seite 7

len in einem ominösen „mittleren vierstelligen Bereich“ in Aussicht gestellt. Diese sollen nun im parlamentarischen Verfahren „eingewoben“ werden.

Zu viele offene Fragen – zu viel bleibt unbeantwortet

Man fragt sich: Warum eigentlich nicht gleich so? Was soll das, einen Gesetzentwurf der Unterdeckung zu beschließen, von dem jeder ausgeht, dass er nicht gehalten wird? Was ist das für eine politische Weit-

ligt? Wie soll man das bezeichnen, wenn einerseits Masseneinstellungen beschlossen werden, aber das dafür nötige Ausbildungspersonal verweigert wird? Da werden amtlich „Zentrale Bearbeitungsstellen für Fahrgelddelikte“ (ZBFD) mit Bundespolizeilichen Unterstützungskräften eingerichtet, aber im Regierungsentwurf die „Entsperrung“ derer Stellen verweigert.

Wer sich noch an die „Evaluation der Neuorganisation“ erinnert, wird sich auch an das Ergebnis erinnern, dass die politisch versprochenen „1000 Mann mehr auf die Straße ...“ dort nie angekommen sind. Die Regierungsantwort im Haushaltsentwurf 2017 lautet, einen zusätzlichen Schutzauftrag dem Kanzleramt „aufzudrücken“ und lieber noch einen zusätzlichen Direktionsstab zu planen, weil es der Bundespolizei an Stäben statt an Leuten auf der Straße fehlt?

Dabei liegen die wahren Personalbedarfszahlen auf dem Tisch. Die Bahnpolizei, die Bereitschaftspolizei, die Mobilen Kontroll- und Überwachungseinheiten und die Grenzpolizei, vor allem auch an den Westgrenzen, müssen deutlich aufgestockt werden; die Bedarfe der Flughäfen sind bekannt.

Das System der letzten Jahre, diese auf dem Tisch liegenden, durchgerechneten und von der Bundespolizeiführung geforderten Mehrbedarfe am Kabinetts-tisch erst „wegzustimmen“, um dann im Gesetzgebungsverfahren das genaue Gegenteil zu fordern, schafft kein Vertrauen bei den Bundespolizistinnen und -polizisten.

Ohne Frage: Den Innenpolitikern und den Haushaltspolitikern von CDU/CSU und SPD gebührt aufrechtiges Lob für ihre Anstrengungen der letzten Jahre. Ohne ihr Interesse, ohne ihre Initiative, hätte es die durchgreifenden Verbesserungen nicht gegeben. Und es ist auch lobenswert, den Gesetzentwurf der Regierung positiv zu verändern.

Das lässt allerdings die Frage offen, warum zum dritten Mal in Folge der Regierungsentwurf den sicherheitspolitischen Anforderungen wieder

nicht genügt und von seinen Verfassern selbst als verbesserungswürdig deklariert wird?

Was man vermisst, ist eine klare sicherheitspolitische Linie. „Kein Ziel, nirgends“ lautet die Befürchtung, wenn das in „hasard“-Manier so weitergeht.

Die seit vielen Jahren auch im Sachhaushalt unterfinanzierte Bundespolizei, die sich in einer „Melange“ aus Spritsparanordnungen, fehlender Ausstattung, teilweise Uralt-Kfz, fehlendem Geld für Hub-schrauber und Boote und teils verrotteten Dienststellen (wie z. B. in Passau) bewegte, schlingert sich dank der Hilfe der Parlamentarier einer hoffentlich besseren Zukunft entgegen. – Aber das genügt nicht.

Ein klares, langfristig angelegtes Konsolidierungsprogramm tut not

„Zehn mal Tausend“ bringt es die GdP in ihrem Vorschlag für ein solches Programm auf den Punkt: zehn Jahre lang tausend Zusatzeinstellungen. Und wir wissen uns darin mit den Führungskräften sehr einig. Planmäßig steuerbar, politisch verlässlich und mutig die Bundespolizei auf die Höhe ihrer (wachsenden) Aufgaben zurückbringen - das ist unser Anspruch an Sicherheitspolitik.

Wir werden nun in den kommenden Wochen sehen, wie sich dieses Vorhaben in den Haushaltsberatungen umsetzen lässt. Als GdP setzen wir auf unsere vertrauten Gesprächspartner in der Union und der SPD, weil es bei der Frage der Einsatzbereitschaft und der Zukunftssicherheit der Bundespolizei keine zwei Meinungen geben kann.



Bei der Weiterentwicklung des Bundespolizei geht es um Überzeugungsarbeit. Unter <http://www.gdpbundespolizei.de/konsolidierung.pdf> sind unsere gewerkschaftlich entwickelten Perspektiven abrufbar.

sicht, die es dem freien Spiel der Parlamentskräfte überlässt, ob nun die Grenzpolizei oder die Bahnpolizei verstärkt werden oder vielleicht doch die Bereitschaftspolizei? Was ist das für eine Politik, die sich einerseits zu einer neuen FRONT-EX-Verordnung auf EU-Ebene entschließt, aber die personellen Konsequenzen dieser Entscheidung im eigenen Haushaltsentwurf nicht berücksichtigt? Gilt der alte Führungsgrundsatz: „Wer befiehlt, stellt sicher“, nicht mehr? Wie soll man das nennen, wenn die Regierung zwar ein PNR-Verfahren bestimmt, aber kein Personal bewil-

